Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Bezugspreis bei Selbstabholung von der Druckerei wöchentlich 20 Pfg., monatlich 70 Pfg., vierteljährlich 2,10 Mk.; durch unsere Austräger zugetragen monatlich 80 Pfg., vierteljährlich 2,40 Mk.; bei der deutschen Postanstalten vierteljährlich 2,40 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten, Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen der Betriebe der Zeitungen, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Ferner hat der Inserent in den obengenannten Fällen keine Ansprüche, sofern die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. / Einzelverkaufspreis der Nummer 10 Pfg. / Zuschriften sind nicht persönlich zu adressieren, sondern an den Verlag, die Geschäftsstelle oder die Geschäftsleitung. / Anonyme Zuschriften bleiben unberücksichtigt. / Berliner Vertretung: Berlin SW. 48.

Wochenblatt für Wilsdruff

und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt

für die Königliche Amtshauptmannschaft Meißen, für das Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Königliche Forstrentamt zu Tharandt.

Inseratenpreis 2 Pfg. für die 6-gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Lokalpreis 1[illegible] Pfg., Reklamen 45 Pfg., alles mit 40% Teuerungszuschlag. Zeitraub und tabellarischer Satz mit 50% Aufschlag. Bei Wiederholung und Jahresaufträgen entsprechender Nachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Spaltzeile 60 Pfg. bez. 45 Pfg. / Nachweisungs- und Offertengebühr 20 bez. 30 Pfg. / Telephonische Inseraten-Aufgabe schließt jedes Reklamationsrecht aus. / Anzeigenannahme bis 12 Uhr vormittags. / Beilagengebühr das Tausend 6 Mk., für die Postausgabe Zuschlag. / Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr geleistet. / Größte Platzvorschrift 25% Aufschlag ohne Rabatt. / Die Rabattsätze und Netopreise haben nur bei Barzahlung binnen 30 Tagen Gültigkeit; längeres Ziel, gerichtliche Einziehung, gemeinsame Anzeigen versch. Inserenten bedingen die Berechnung des Brutto-Zeilenpreises. / Sofern nicht schon früher ausdrücklich oder stillschweigend als Erfüllungsort Wilsdruff vereinbart ist, gilt es als vereinbart durch Annahme der Rechnung, falls nicht der Empfänger innerh. 8 Tagen, vom Rechnungstage an, Widerspruch erhebt.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. — Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 28614.

Nr. 6. | **Dienstag den 8. Januar 1918.** | **77. Jahrg.**

Der amtliche Teil befindet sich auf der 4. Seite.

Die Friedensverhandlungen mit Rußland dauern weiter.

Es wird weiterverhandelt.

Trotzki in Brest-Litowsk.

A-dt Berlin, 5. Januar.

Der Hauptausschuß des Reichstages trat heute erst um ½12 Uhr zusammen, da vorher noch Verhandlungen der Parteiführer mit der Regierung stattfanden. Der Reichskanzler, Graf Hertling, war nicht erschienen, wohl aber Reichsschatzsekretär Graf Roedern, der für die Dauer der Krankheit des Herrn v. Payer mit der Stellvertretung des Reichskanzlers betraut ist, ferner Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amts Freiherr von dem Bussche und der Leiter der Reichskanzlei v. Radowitz.

Der deutsche Vorschlag vom 28. Dezember.

Unterstaatssekretär Freiherr von dem Bussche gab folgende Erklärung ab: Der Herr Reichskanzler hat gestern die Unterstellung der russischen Presse zurückgewiesen, daß wir uns in illoyaler Weise unserer Zusage betreffend das Selbstbestimmungsrecht der Völker entziehen wollten. Im Anschluß an diese Erklärung stelle ich im ausdrücklichen Auftrage des Herrn Reichskanzlers das Folgende fest:

Der Standpunkt des Herrn Reichskanzlers zu dem Selbstbestimmungsrecht der Völker bleibt unverändert, aber dieser Standpunkt darf keine Deutung finden, die lediglich von den Interessen der Entente eingegeben ist. Die in der neutralen Presse veröffentlichte Darstellung, als ob die russischen Delegierten den deutschen Vorschlag vom 28. Dezember als undiskutierbar abgelehnt hätten, ist tatsächlich unrichtig.

Die russischen Delegierten haben zwar Bedenken gegen die von uns vorgeschlagene Formulierung erhoben, sich indes ausdrücklich damit einverstanden erklärt, daß über diese Formulierung in einer Kommission weiter beraten werden sollte, um eine Verständigung herbeizuführen. Zwischen unseren und den russischen Delegierten war vereinbart, daß die Fortsetzung der Verhandlungen auch über die strittig verbliebenen Punkte am 5. Januar in Brest-Litowsk erfolgen sollte. Unsere Verbündeten haben unter diesen Umständen mit uns einmütig den Vorschlag der Russen nach Veränderung des Verhandlungsortes abgelehnt.

Inzwischen ist uns von Brest-Litowsk folgendes Telegramm zugegangen:

Am 4. Januar, 10 Uhr abends, ist hier das in Übersetzung folgende Telegramm aus Petersburg eingetroffen:

„An die Herren Vorsitzenden der vier verbündeten Mächte.

Die Verlegung der Verhandlungen auf neutrales Gebiet entspricht dem erreichten Stand der Verhandlungen. In Anbetracht der Ankunft Ihrer Delegationen am früheren Orte der Verhandlungen wird unsere Delegation zusammen mit dem Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Trotzki morgen nach Brest-Litowsk fahren in der Überzeugung, daß eine Verständigung über die Verlegung der Verhandlungen auf neutralen Boden keine Schwierigkeiten machen wird. Die russische Delegation."

Inzwischen ist mit den in Brest-Litowsk anwesenden mit Vollmacht versehenen Vertretern der Ukraine in befriedigender Weise verhandelt worden.

Weitere tatsächliche Mitteilungen können von seiten der Regierung heute nicht gemacht werden.

Abbruch der politischen Debatte.

Vorsitzender Abg. Fehrenbach schlägt vor, die politische Debatte abzubrechen und einen anderen Gegenstand zu verhandeln.

Die Abgg. Scheidemann und Haase widersprechen und wünschen die Debatte fortzusetzen, damit der Reichstag erklären könne, daß er nach wie vor auf dem Standpunkt des 19. Juli stehe.

Durch Abstimmung wird beschlossen, die Debatte abzubrechen.

•

Losung: — Abwarten!

Die Absage der russischen Unterhändler nach Brest-Litowsk fiel zusammen mit der von verschiedenen Seiten bestätigten Abreise des britischen Botschafters aus Petersburg, für die, wie üblich, Gesundheitsrücksichten geltend gemacht werden, und ferner mit dem tatsächlichen Amtsantritt des für London neu ernannten russischen Botschafters, Litwinow mit Namen. Wenn dieser Herr von der englischen Regierung zur Amtsausübung zugelassen wird, sei es zunächst auch nur ohne Beobachtung der sonst hergebrachten und wohl auch unumgänglichen Förmlichkeiten, so liegt in dieser Haltung natürlich die mittelbare Anerkennung der Petersburger Regierung ausgedrückt — und das könnte dann wohl der Preis für den Umfall gewesen sein, den Lenin und Trotzki zu vollziehen willens schienen. Dafür soll auch Herr Buchanan in Petersburg durch einen Mann ersetzt werden, der dem Herzen der Maximalisten näher steht als irgendein Diplomat der alten Schule, und wenn er einstweilen auch nur zum Geschäftsträger des britischen Reiches ernannt werden sollte, die Bolschewisten würden doch sehen, daß man in London den guten Willen hat, sich mit ihnen irgendwie einzurichten und zu verständigen, und dieser Gewinn wäre ihnen immerhin schon eine Messe wert. So bedeutsam sie also nach Brest-Litowsk, daß man die Verhandlungen lieber im neutralen Auslande fortsetzen möchte, obwohl bindend verabredet worden war, sie an dem ursprünglichen Beratungsort wieder aufzunehmen. Welche Antwort die Mittelmächte auf diese Zumutung geben [illegible] darüber ist sich die russische Regierung sicherlich [illegible] vornherein vollkommen im klaren gewesen.

[illegible] kleiner Wortbruch also, nichts weiter? Begangen an denselben Leuten, die sich in ihrer ganzen sittlichen Weltanschauung turmhoch erhaben dünken über die Vertreter der bürgerlichen Massen, die keine Kundgebung an das Volk oder gar „an die Völker" hinausgehen lassen, ohne die Wortführer der „kapitalistischen" Staaten, des Militarismus, des Junkertums und wer weiß welcher teuflischen Gegenwartsmächte sonst noch mit einem Schwall von beschimpfenden Äußerungen zu übergießen, die jeden Augenblick mit dem Todesurteil für die innerlich vermorschte und unrettbar dem Untergang geweihte Gegenwartsgesellschaft bei der Hand sind? Die Auslegung lag außerordentlich nahe, ohne Zweifel. Wir haben es in den Vertretern der russischen Revolution zwar mit diplomatischen Neulingen zu tun, aber schüchtern sind sie nicht, die Herren Volkskommissare; und wenn es sich darum handelt, ihre politischen, ihre sozialen oder ihre internationalen Ideale der Verwirklichung zuzuführen, sind sie die letzten, über Zwirnsfäden zu stolpern. Indessen wir wollen auch über die sittlichen Grundsätze dieser neuen Sorte von Weltbeglückern kein vorschnelles Urteil fällen. Ihr Seelenleben ist doch einigermaßen schwer zu durchschauen, und ehe wir dazu gelangen, ihnen die gleichen diplomatischen Methoden zum Vorwurf zu machen, die sie bei den Staatsmännern der Bourgeoisie in Grund und Boden verdammen, müssen wir schon unleugbaren Tatsachen gegenüberstehen. Heute aber wissen wir nur, daß sie sich beeilt haben, ihr Verhalten, das uns in sehr ungünstigem Licht erscheinen mußte, mit möglichster Beschleunigung wieder gutzumachen. Wenigstens in formaler Beziehung. Die russische Delegation kommt nach Brest-Litowsk, ja Herr Trotzki, der in Petersburg zurzeit die gleiche Rolle zu spielen hat wie bei uns Herr v. Kühlmann und in Wien der Graf Czernin, begleitet sie dorthin, so daß es — voraussichtlich — nicht wieder vorkommen wird, daß die Petersburger Regierung Nein sagt, nachdem ihre Beauftragten im Hauptquartier Ost Ja gesagt haben. Vielleicht dürfen wir in diesem Entgegenkommen einen Beweis für den aufrichtigen Willen des Gegners erblicken, die Verhandlungen in dem versöhnlichen Geiste fortzuführen, in dem sie begonnen hatten; vielleicht will er aber auch nur Zeit gewinnen, um den Westmächten einen neuen Spielraum für ihre Ränke zu sichern; vielleicht will er schließlich, indem er neuen mündlichen Besprechungen nicht aus dem Wege geht, nur die Verantwortung für das Scheitern der Verhandlungen, auf das es — aus diesen oder jenen Gründen — ankommen zu lassen er fest entschlossen ist, der Gegenpartei zuschieben. Genug, der Möglichkeiten gibt es viele, und erst der weitere Gang der Dinge wird uns darüber belehren, woran wir in Wirklichkeit mit den Russen sind. Einstweilen heißt es abwarten — und nichts als abwarten. Die Reichstagsmehrheit geht uns diesmal mit löblichem Beispiel voran. Es hat keinen Sinn, mit Keulen auf die Maximalistenführer einzuschlagen oder etwa unseren Unterhändlern das Vertrauen zu kündigen, weil sie es nicht verstanden haben, den peinlichen „Zwischenfall" vom 4. d. M. zu verhüten. Sich darüber zum Richter aufzuwerfen, dazu ist die Zeit noch nicht gekommen. Graf Hertling hat rasch und entschieden gehandelt, als die Dinge eine bedenkliche Wendung zu nehmen drohten, und damit zunächst einen unleugbaren Erfolg davongetragen. Er wird auch in den kommenden Tagen die Würde des Deutschen Reiches zu wahren wissen. Mehr können wir nicht verlangen.

•

Die Frage des Gefangenenaustausches.

Nach dem Schluß der politischen Debatte wandte sich der Hauptausschuß der Erörterung der Frage des Austausches der Gefangenen zu.

Abg. Erzberger (Zentr.) fragt, wie groß die Zahl der Zivilgefangenen sei, und wie es mit dem Kopenhagener Abkommen steht. Diese Gefangenen loszubekommen, müßte der erste Erfolg der deutschen Kommission in Petersburg sein. Der Redner fragt nach den Zahlen der Kriegsgefangenen auf beiden Seiten und nach der Lage der Gefangenen in den Gefangenenlagern.

Abg. Prinz zu Schönaich-Carolath (natl.) meint, der Austausch der Militärgefangenen könnte nur allmählich vor sich gehen. Der Redner dankt der Schweiz für ihre vorbildliche menschenfreundliche Tätigkeit.

Abg. Kreth (kons.): Da man die Pläne des Auswärtigen Amtes und der Heeresverwaltung nicht kennt, ist es schwer, über diese Angelegenheit zu sprechen. Amerika hat seine Gegnerschaft auch auf diesem Gebiete bewiesen. Unser Wirtschaftsleben wird durch den Austausch der Gefangenen stark in Mitleidenschaft gezogen, insbesondere die Landwirtschaft.

General Friedrich vom Kriegsministerium begrüßt die Gelegenheit zur Aussprache. Wir halten es für eine nationale Angelegenheit, die Frage der Zivilgefangenen zu lösen; deshalb haben wir uns entschlossen, Militärgefangene gegen Zivilgefangene auszutauschen. Die Verhandlungen waren schwierig, weil die russischen Forderungen sehr weit gingen. Endlich sind 4000 russische Offiziere gegen 1000 deutsche Offiziere und sämtliche verschleppte Ostpreußen ausgetauscht worden. In nicht zu langer Zeit wird die Ostpreußenfrage erledigt sein. Es besteht auch Hoffnung, hinsichtlich der Zivilgefangenen mit Frankreich und England ins reine zu kommen. Beim Austausch kommen zunächst die Kränklichen daran. Der Weg großer Massen kann nur durch die Front gehen. Familienväter und ältere Leute werden bevorzugt. Eine schematische Reihenfolge ist unmöglich.

Nach kurzer weiterer Debatte wird die Weiterberatung auf Montag vertagt.

•

Talaat Pascha über Brest-Litowsk.

Der auf der Durchreise nach Brest-Litowsk in Berlin weilende Großwesier Talaat Pascha gab in einer Unterredung der Zuversicht Ausdruck, daß die Verhandlungen in Brest-Litowsk wieder aufgenommen und leicht und schnell zu Ende geführt werden würden. „Die Russen wissen sehr gut", meinte der Großwesier, daß es ihnen so ohne weiteres nicht mehr möglich sein wird, den Kampf gegen uns wieder aufzunehmen. Ebensogut wissen Sie, daß wir von unseren Bedingungen nicht abgehen werden. Man wird auch die Friedensverhandlungen zwischen Rußland und den Zentralmächten weder in Stockholm, noch in Kopenhagen noch in der Schweiz führen. Ich bin überzeugt, die Russen und die Zentralmächte werden gute Freunde werden."

Die russischen Soldaten können nicht mehr kämpfen.

Daß die Beurteilung der Lage durch den Großwesier zutrifft, hat der Gang der Ereignisse gewissermaßen bestätigt. Von feindlicher Seite findet seine Anschauung ebenfalls Unterstützung. So berichtet der Petersburger Korrespondent des „Daily Telegraph": Als Kamenew im Sowjet mitteilte, daß die Bedingungen der Mittelmächte unannehmbar seien, standen die Vertreter der verschiedenen Armeen auf und erklärten, daß die Soldaten nicht kämpfen würden und es auch nicht tun könnten.

Der Krieg.

Wien, 6. Januar. Amtlich wird verlautbart:

Östlicher Kriegsschauplatz.

Waffenstillstand.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Auf der Hochfläche von Asiago, im Gebiete des Monte Asolone, des Monte Tomba und des Montello entwickelten sich zeitweise Artilleriekämpfe.

Der Chef des Generalstabes.

•

Die bedrohte Oleinfuhr.

Der neuerliche Verlust eines Tankdampfers trifft die Entente um so schwerer, als der deutsche Bericht seit Mitte vergangenen Monats bereits vier ähnliche Versenkungsfälle melden konnte. Die Frage der Oleinfuhr, die für die Versorgung der auf Ölfeuerung angewiesenen feindlichen Kriegsflotten große Bedeutung hat, gestaltet sich immer kritischer für den Verband. Zur Beschwichtigung der erregten Bevölkerung funkte Poldhu die Nachricht in die Welt, daß in England ein Ölbrunnen entdeckt worden sei, der jährlich 180 000 Gallonen liefern könnte. Was Poldhu verschwieg, ist, daß England einen jährlichen Bedarf von 600 Millionen Gallonen hat, daß also 180 000 Gallonen seine Abhängigkeit von überseeischen Zufuhren aus Amerika und Asien nicht nennenswert zu mindern in der Lage sind.

•

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF